

Die globale Bewirtschaftung des Internets bedroht die Demokratie¹

1. Die « Problem-Cloud » der globalisierten Digitalisierung verdeckt eine grundlegende Bedrohung der Demokratie

Nach- und Vorteile der allgemeinen Digitalisierung werden seit längerem diskutiert. Trotzdem die Vorteile bei weitem zu überwiegen scheinen, ist die Liste der verhandelten Probleme eindrücklich. Nur wenige Beispiele dafür: die ungleiche Zugänglichkeit von Computer-Ressourcen und die ungleich verteilte Fähigkeit, diese Mittel zu nutzen (als neue Dimensionen der sozialen Ungleichheit), der Missbrauch von im Web zirkulierenden Daten und deren Schutz, das moralische Lynchen von Personen oder Organisationen, das Ersetzen arbeitender Menschen durch Computer und Roboter, die Reproduktion diskriminierender Stereotypen durch das Training künstlicher Intelligenz, menschlicher Autonomieverlust durch den flächendeckenden Einsatz sogenannt "starker" künstlicher Intelligenz.

In vielen dieser Fälle geht die Tendenz dahin, Entscheidungen mit potentiell tiefgreifenden Konsequenzen für die Betroffenen an Algorithmen zu delegieren – Entscheidungen, die dann ohne die Beteiligung von Menschen getroffen und oft auch umgesetzt werden.

So wichtig all diese Probleme auch sind, ihre Diskussion beschränkt sich weitgehend auf zwischenmenschliche und relativ lokale oder sektorielle Unannehmlichkeiten. Deshalb werden sie *nicht* als politische Dringlichkeit wahrgenommen, und das wiederum lässt Zeit dafür, dass sie immer größere Ausmasse annehmen, die es immer schwieriger machen, sie zu kontrollieren. Es soll hier keineswegs darum gehen, ihre Wichtigkeit in Frage zu stellen.

Ihr Vorherrschen in der öffentlichen Aufmerksamkeit verdeckt jedoch ein grundsätzlicheres, keineswegs technisches Problem. Es liegt systemisch gesehen auf der Makroebene weltweiter Vorgänge, kann deshalb als «abstrakt» und relativ unsichtbar erscheinen und droht, nicht genügend ernst genommen zu werden.

In der gegenwärtigen Phase des Globalisierungsprozesses entstehen in raschem Tempo schnell wachsende private Wirtschaftsakteure mit globalem Wirkungskreis,

¹ Dieser Text wurde von René Levy und Eric Zbinden im Rahmen des Groupe romand des Denknetzes entwickelt und von der Gruppe diskutiert.

die heute mit dem Kürzel GAFAM bezeichnet werden.² Ihre Tätigkeit und Wirkungsweise (im weiten Spektrum von Kommunikation, Arbeitsorganisation, Steuerverhalten, Modellcharakter für andere Unternehmungen, Treiber von weltweiter kultureller Standardisierung usw.) betrifft sowohl Einzelpersonen als auch die Welt als Ganzes. Die KundInnen dieser Firmen, also eher Milliarden als Millionen von Einzelpersonen, werden durch systematische Auswertung der über sie gesammelten Informationen zu *oft unabsichtlichen* Lieferanten kommerziell verwertbarer Daten, die die gezielte Streuung von Werbung und anderen Kommunikationen erlauben. Die GAFAM entwickeln so in kurzer Zeit ein enormes Machtpotential, das weltweit wirksam werden kann und ihnen auch weltweite Mobilität vermittelt, im Unterschied zu den territorial gebundenen Staaten. Unter anderem dank dieser Mobilität und Omnipräsenz können sie sich bisher der Kontrolle von Staaten und internationalen Regulierungsbehörden weitgehend entziehen. Zur Illustration nur ein Grössenvergleich: 2020 betrug der Umsatz von Amazon 322 Mrd. Euros und erreichte damit praktisch die Hälfte des BIP der Schweiz (656 Mrd. Euros). Dass Multinationale die Macht haben, nationale Regierungen zu beeinflussen und dass sie ihren Regulierungen zu entgehen versuchen (z.B. durch « Steueroptimierung »), ist natürlich nicht neu und wird seit spätestens den 70er Jahren diskutiert. Bereits diese heute praktisch Standard gewordenen Praktiken untergraben die Handlungsmöglichkeiten der Staaten, indem sie deren Ressourcen einschränken. Aber jene Multinationale, um die es hier geht, tun dies aufgrund einer neuen Art von Produktivkraft, deren weitgehend unregelte Verwendung ihnen ein bisher unerreichtes globales Machtpotenzial gibt. Das bringt sie verstärkt in Konkurrenz und potenziell in Konflikt mit politischen Entscheidungsgremien. Wir beobachten in jüngster Zeit die ersten konkreten Ausdrucksformen der Machtverschiebung vom internationalen Staatensystem (Regulierungs- und Sanktionsmacht) zu den IT-Multis, exemplarisch etwa am Konflikt zwischen der australischen Regierung und Facebook und auch an dem - noch im Entstehen begriffenen - zwischen der Europäischen Union und den GAFAM (in beiden Fällen geht es um Steuervermeidung in groteskem Ausmass).³

² GAFAM = Google, Apple, Facebook, Amazon, Microsoft; der Begriff soll hier jedoch nicht nur die fünf Unternehmungen einschliessen, deren Initialen er vereint, sondern soll für alle Multis stehen, die dasselbe Geschäftsmodell teilen.

³ Dass die Abnehmerstaaten von Impfdosen während der COVID-Pandemie von den Pharmakonzernen mit Verträgen über den Tisch gezogen wurden, die den Staaten einseitig die volle Verantwortung für allfällige Folgen zuschoben, sodass die Firmen ihre ausserordentlichen Gewinne gefahrlos einstreichen können, betrifft zwar die Souveränität der Demokratien weniger grundlegend,

2. Freie Zugänglichkeit des globalen Internets + seine Kontrolle durch private Unternehmen = neue Produktivkraft

Die Handlungsmöglichkeiten im globalen Maßstab, die das Internet bietet, sollten als eine echte neue Produktivkraft betrachtet werden. Sie ist weitgehend unabhängig von bereits bekannten Formen, an die wir gewöhnt sind (Arbeit, Maschinen/Technologie, Wissen); sie überlagert diese, indem sie auf ihnen aufbaut. Ihre Nutzung entwickelt sich im Rahmen einer allgemein globalisierten Welt, und dies auf der Grundlage von technischen Netzwerken, die ebenfalls global sind und einen Raum bilden, der praktisch keiner Regelung durch öffentliche Kontrollinstanzen unterliegt. Sie ist daher in einem besonders weiten Sinne «frei». Angesichts der enormen Hebelwirkung, die diesen Aktivitäten innewohnt (eine Konzernzentrale entscheidet – grosse Teile der Weltbevölkerung sind betroffen), ermöglicht die Ausbeutung dieser Produktivkraft eine rasche Konzentration enormer finanzieller und zunehmend auch struktureller Ressourcen,⁴ welche über kurz oder lang zu Konflikten zwischen wirtschaftlichen und politischen Akteuren führt, wie die beiden genannten Beispiele zeigen. Die kürzlich von Biden lancierte Initiative zur Etablierung einer weltweiten Minimalsteuer für Multis ist eine der ersten Antworten auf die dadurch entstehende Machtverschiebung, vorerst noch nicht in Kraft gesetzte Gesetzesentwürfe der EU gehen ebenfalls in diese Richtung (Digital Services Act und Digital Markets Act).

Das Geschäftsmodell der GAFAM basiert im Wesentlichen auf der Ausbeutung des Internets im großen Stil durch die Bereitstellung von Informatikressourcen und IT-Diensten, die entweder durch kostengünstige Abonnemente (im Fall von Microsoft) oder durch Werbung finanziert werden und bei denen die Kundenbindung so weit wie möglich auf einer Form von Kaptivität basiert (der individuelle Verzicht darauf wird als relativ nachteilig eingeschätzt und ist deshalb nicht attraktiv). Die Omnipräsenz, welche die Erbringung von IT-Dienstleistungen über das Internet diesen Unternehmen verleiht, geht weit über die bereits hohe geografische Mobilität der traditionellen Rohstoff-, Industrie- oder Dienstleistungsmultis hinaus.

illustriert aber unter einem spezifischeren Blickwinkel das möglich gewordene Kippen der Machtverhältnisse zugunsten marktmächtiger Multis.

⁴ Strukturelle Ressourcen sind hier in erster Linie die weltweite Omnipräsenz der Unternehmung, ihre Beherrschung des Internets und ihre hierarchische Struktur. Die Kombination dieser drei Elemente erschliesst eine neue Dimension von Aktions- und Profitmöglichkeiten. Ein anderes Indiz der strukturellen Macht der Multis ist, dass heute um die 80% des Welthandels als Konzerninnenhandel abläuft.

3. Ohne nationale und internationale Regulierung wird das System der Nationalstaaten seine Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten zugunsten von Netzwerkmultis wie GAFAM verlieren

Die vor allem wirtschaftliche Globalisierung hat sich, wenn wir ihre Definition nicht zu sehr einschränken, seit Jahrhunderten entwickelt – in aufeinanderfolgenden Phasen, die hier nicht zu analysieren sind. Die vorletzte Phase wurde in den 1980er Jahren im Zuge der Durchsetzung der neoliberalen Politik (Regierungen Reagan, Thatcher usw.) eingeleitet, die auf dem Prinzip "weniger Staat" (Deregulierung) und ausgedehntem Freihandel basierte.

Die kommerzielle Ausnützung des Internets, die von den multinationalen Konzernen des Sektors angeführt und kontrolliert wird, ist eine neue Etappe dieser Entwicklung. Sie beruht auf dem Potenzial, das durch das Zusammentreffen der bereits bestehenden unregulierten wirtschaftlichen Globalisierung mit der globalisierten Digitalisierung entsteht.⁵

Es ist unschwer vorauszusehen, dass es ohne staatliche Regulierung, schnell zu einer gravierenden Verringerung der Steuerungsfähigkeit von Staaten auf globaler Ebene kommen wird. Eine solche Regulierung kann zunächst wohl eher auf nationaler Ebene entwickelt werden, durch einflussreiche Nationen oder Verbünde wie USA und EU, und in der Folge auf internationaler Ebene (OECD, WTO). Sie kann die Form von « hard law » (verbindliches Recht) oder von « soft law » (nicht verbindliche Regulierung) haben, wobei sich letzteres möglicherweise zu ersterem entwickeln lässt.

Als unmittelbare Folge des nicht vorhandenen Regulierungsschutzes wird sich auch der Umfang der gegenwärtig existierenden Elemente von Demokratie verkleinern.

⁵ Der vorliegende Text wurde namentlich durch die Arbeiten Zuboffs (S. Zuboff, *The Age of Surveillance Capitalism. The Fight for a Human Future at the New Frontier of Power*. Public Affairs, New York 2019; *The Coup We Are Not Talking About*. New York Times 2021), aber auch von Ghernaouti (S. Ghernaouti, *How Digital Ecosystem and Practices Increase the Surveillance System's Performance and Generate New Risks for Human Rights*. GNLU Las & Society Review 2020) und Fukuyama et al. (F. Fukuyama, B. Richman & A. Goel, *How to Save Democracy From Technology. Ending Big Tech's Information Monopoly*. Foreign Affairs 2021) ausgelöst. Die Hauptstossrichtung von Zuboff betrifft bereits das Entstehen eines Machtkampfs zwischen den Multinationalen und den Nationalstaaten, dessen Verlust durch die Staaten schnell und grundlegend die bestehenden Demokratien aushöhlen würde, und damit jede Form der Machtteilung zwischen Mächtigen und breiter Bevölkerung allgemein. Diese Problematik ist weitgreifender und grundlegender als es der von ihr gewählte Begriff des « Überwachungskapitalismus » (surveillance capitalism) andeutet. Die Gefahr der überschüssenden Überwachung dank der neuen, weitgehend privat und regellos eingesetzten Informationstechnologien soll keineswegs beschönigt werden. Es geht vielmehr darum, auf die noch fundamentalere Bedrohung der Demokratie durch den makrosostrukturellen Machtgewinn der digitalen Multis aufmerksam zu machen, welche vom Überwachungsaspekt verschleiert werden kann, weil er letztlich vor allem die individuelle Problemebene betrifft.

Eine solche Schrumpfung kann nur sehr schwer rückgängig gemacht werden, wenn sie einmal stattgefunden hat. Dies verstärkt die Aussicht auf die Dystopie einer privatisierten Weltordnung, die im Wesentlichen von den Interessen der multinationalen Konzerne organisiert und kontrolliert wird.

Diese Gefahr ist heute als ebenso wichtig einzustufen wie der Klimawandel, wird aber immer noch viel weniger ernst genommen und verdient daher die besondere Aufmerksamkeit des Denknetzes. Das Denknetz hat sich schon seit einiger Zeit mit der Frage befasst, wie man die Anwendung demokratischer Prinzipien durch die Zivilgesellschaft verbessern kann. Die fehlende Regulierung der Tätigkeit der GAFAM und die mangelnde Nachhaltigkeit der derzeit vorhandenen demokratischen Elemente gehören zu den aktuellsten Bedrohungen der Demokratie (Populismus, Kontrolle der öffentlichen Meinung, Legitimitätsverlust und Sinken der Steuerungsfähigkeit). Der Kampf gegen die Bedrohung der Demokratie, ihr Schutz und Ausbau ist ein urlinkes Thema, es geht um die Volksrechte und die durch sie getragenen sozialen Errungenschaften (die gegenwärtig auch durch die stetige Zunahme der Ungleichheiten sowie die Erstarkung von Populismus und Rechtsradikalismus bedroht werden), und allgemeiner um das Primat der politischen Gestaltung der Gesellschaft gegenüber privatwirtschaftlichen Profitinteressen.